

KURZ UND PRÄGNANT

E-Government-Gesetz für Zukunftsfähigkeit

„Mit dem jetzt vorgelegten E-Government-Gesetz geht Thüringen einen wichtigen Schritt in die Zukunft“, sagte Katharina König-Preuss, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Ich freue mich, dass unsere Landesregierung ein in sich tragfähiges Gesetz vorgelegt hat, welches einen klaren Zeitplan bis 2025 für die möglichst vollständige Digitalisierung unserer Verwaltung vorsieht.“

Die Netzpolitikerin verwies darauf, dass gerade im internationalen Vergleich (z.B. Estland, Israel) Deutschland noch immer deutlich in den Fragen der Digitalisierung hinterherhinkt. Umso wichtiger sei es, „dass wir sehr entschieden den Weg der Digitalisierung in seiner gesamten Breite gehen. Dabei müssen Serviceorientierung für Bürgerinnen und Bürger und Datenschutz im Mittelpunkt stehen. 2018 sollte das Thüringer Jahr der Digitalisierung werden, indem wir ergänzend zum E-Government-Gesetz den Breitbandausbau verwirklichen, das überfällige Transparenzgesetz voranbringen und die Digitalisierungsstrategie unter Einbeziehung aller Ministerien umsetzen. Damit kann Rot-Rot-Grün wichtige Impulse für die Zukunftsfähigkeit Thüringens setzen.“ ■

Anschlusslösung für Photovoltaikanlagen

„Die neue Bundesregierung muss für eine Marktbelebung den EEG-Rahmen neu setzen“, sagt Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion, mit Blick auf die erneuerbaren Energien. „Gerade auch mit Blick auf die in Bonn stattgefundene UN-Klimakonferenz wäre das ein Zeichen für den ernst gemeinten Versuch der Bundesregierung, die Klimaziele doch noch bis 2020 zu erreichen.“ Dafür müssten der Einspeisevorrang, der Anschlusszwang und die über zwanzig Jahre garantierte Vergütung bei Photovoltaikanlagen beibehalten werden. Dies sei so lange notwendig, „wie eine Refinanzierung der Anlagen auch durch kleine und private Akteure am Strommarkt nicht möglich ist“, so Steffen Harzer weiter. Daher unterstütze er den Plan des Solar Clusters Baden-Württemberg, der u.a. eine Anschlusslösung für PV-Anlagen, deren Einspeisevergütungen ab 2021 auslaufen, fordert. „Das ist wichtig, damit nicht zahlreiche Solaranlagen mit Ablauf der Förderung vom Netz gehen“, sagte der Abgeordnete und unterstrich die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausstiegs aus der fossilen Energiegewinnung. ■

Härtefallfonds des Thüringer Landtags

Eine kleine Erfolgsgeschichte/von MdL Ute Lukasch

Verschuldet ohne Schuld? Gibt's nicht, sagen die meisten mir. Meine Erfahrung sagt mir etwas anderes. Vor mir steht ein junger Mann, 25 Jahre, mit hochgezogenen Schultern und bedankt sich herzlich für meine Hilfe. Er erzählt mir, wie es zu den Schulden gekommen ist.

Herr W. hat Straßenbauer gelernt, gutes Lehrlingsgeld gehabt, dann auch gut verdient. „Ich war jung und verliebt, auch ein bisschen naiv, aus heutiger Sicht.“ Weiter berichtete er mir: „Was soll ich sagen, meine Freundin war schwanger. Sie musste ihre Lehre abbrechen.“

W. wechselte die Firma, um mehr zu verdienen. Drei Schichten, rollende Woche. Dann kamen die ersten Streitereien, so im Alltag eben, und sie trennten sich. „Mein Sohn ist mein ganzer Stolz, und ich sorgte für ihn so gut ich konnte“, erzählte er weiter.

Er merkte nicht, dass seine ehemalige Freundin abglitt ins Drogenmilieu. Irgendwie schaffte sie es immer, ihn zu täuschen. Dann standen eines Tages das Jugendamt und die Polizei vor der Tür, den kleinen Sohn auf dem Arm. „Entweder Sie nehmen den Jungen oder er muss ins Heim“, so die ernüchternde Antwort der Mitarbeiterin des Jugendamtes. „Die Mutter ist nicht in der Lage, sich um Ihren Sohn zu kümmern.“ Herr W. erzählte mir: „Ich ent-

schied mich für meinen Jungen, damals drei Jahre alt. Ich brauchte schnell eine größere Wohnung, ich verlor meine Arbeit. Drei Schichten rollende Woche geht nicht mit Kind. Ich hatte Versicherungen, ein Auto, natürlich auch ein Handy, alles mit Kreditverträgen, die ich bis dahin bedienen konnte. Der Monat war immer zu kurz. Alles wurde abgebucht, wer eben schneller



war hatte als erstes das Geld. Miete und Strom müssen ebenfalls bezahlt werden.

Nach dem Arbeitslosengeld I kam Hartz IV. Noch weniger Geld, das Kindergeld und der Unterhaltsvorschuss werden angerechnet. Ich hatte angefangen, Verträge zu kündigen, aber so schnell kommt man da nicht raus. Und ehrlich, wer gibt schon zu, dass er

nicht zurechtkommt. Ich hatte Angst, es waren alles für mich neue Aufgaben, ein neustrukturierter Tag – damit hatte ich keine Probleme, mein Sohn war mir wichtig, nur eben das Geld reicht nicht vorn noch hinten. Die Stromabschaltung drohte, da habe ich Hilfe gesucht. Ich ging zur Schuldnerberatung, dort gab man mir Unterstützung und auch Ihren Namen. So habe ich vom Härtefallfonds erfahren.“

Der Petitionsausschuss des Thüringer Landtages verfügt über 20.000 Euro im Jahr, um unkompliziert Menschen zu helfen. Manchmal muss die Hilfe schnell erfolgen, wie bei Herrn W., damit z.B. keine Stromabschaltung erfolgt. Der Petitionsausschuss entscheidet je nach Antragslage. Als Mitglied im Petitionsausschuss und Altenburger Wahlkreisabgeordnete konnte ich schon einigen Menschen helfen. Geschichten wie diese zeigen mir, dass es sich lohnt, genauer hinzuschauen, wie es zu den Schulden gekommen ist.

Nach einigen Rücksprachen und meinem Vortrag im Petitionsausschuss ist es nun gelungen, Herrn W. eine Unterstützung aus dem Härtefallfonds zu bewilligen. Es freut mich sehr, dass für ihn nun wenigstens das Grundmaß an lebensnotwendigen Dingen wie Strom z.B. gesichert werden konnte.

Nicht nur, aber gerade wenn Kinder betroffen sind, werde ich mich immer wieder für Hilfe einsetzen. ■

Unterstützung für Studieneinführung und Selbsthilfe



Die kritischen und alternativen Studieneinführungstage bieten seit letztem Jahr in Erfurt, fernab von den üblichen Veranstaltungen zum Semesterstart, einen Einblick in einen Teil von Erfurt, der manchmal verborgen bleibt. Schließlich gibt es auch und besonders hier Menschen, die gesellschaftskritische Perspektiven einnehmen und selbstverwaltete Räume schätzen. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt und auch Stadtrundgänge abseits der konventionellen Routen. So bekommen neue Studierende die Möglichkeit, die linken Gruppen und alternativen Räume in Erfurt zu erkunden,

Leute kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen, um politisch aktiv werden zu können. Zur Unterstützung hatte MdL Christian Schaft dem Verein für solidarische Politik und unkommerzielle Kultur einen Spendenscheck der Alternative 54 e.V. der LINKE-Landtagsabgeordneten übergeben.

Die Gluten-Unverträglichkeit Zöllia- kie ruft nicht nur starke Beschwerden hervor, sie kann sogar lebensbedrohlich werden. Die Erkrankung gilt als unheilbar. Einzig eine konsequente glutenfreie Ernährung ermöglicht ein beschwerdefreies Leben. Neben der ständigen Diät sind aber auch die Ko-



sten für eine richtige Ernährung nicht zu unterschätzen, denn Lebensmittel ohne Gluten sind sehr teuer. Die Tüte normales Mehl ist für 40 Cent zu haben. Mehl ohne Gluten kostet bis zu vier Euro. Die Krankenkassen fördern diese Lebensmittel nicht, auch nicht die Grundnahrungsmittel.

Betroffene, die unter dieser Situation leiden, tauschen sich in Eisenach in einer Selbsthilfegruppe aus, kochen, backen und unternehmen Ausflüge. Die Alternative 54 e. V. unterstützt sie. „Selbsthilfegruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag in unserer Gesellschaft“, betont MdL Kati Engel. ■